

campus

Karl Pilny

DAS ASIATISCHE JAHRHUNDERT

China und Japan
auf dem Weg
zur neuen Weltmacht

Das asiatische Jahrhundert

Dr. Karl Pilny beschäftigt sich beruflich seit zwanzig Jahren mit der Geschichte, der Kultur und den wirtschaftlichen Entwicklungen Chinas und Japans. Er ist Partner einer renommierten englischen Anwaltskanzlei, die sich auf internationales Wirtschaftsrecht spezialisiert hat. Dr. Karl Pilny lebt und arbeitet in Berlin.

Karl Pilny

Das asiatische Jahrhundert

China und Japan auf dem Weg
zur neuen Weltmacht

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
ISBN 3-593-37678-4

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Copyright © 2005 Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main
Umschlaggestaltung: Büro Hamburg
Umschlagmotiv: © Wolf/laiF
Satz: Fotosatz L. Huhn, Maintal-Bischofsheim
Druck und Bindung: Freiburger Graphische Betriebe
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

Prolog	9
------------------	---

Asien heute: Ansichten

China: Ein Gigant erwacht	15
1. Wirtschaft	17
Chancen und Risiken	18
Einheitlicher Markt 32 · Haier und Higher 41 · High Tech und Konfuzius 47 · Banken- und Finanzsektor 50	
Agenda 2010	60
Land und Wirtschaft 62 · Arbeitslosigkeit und Landflucht 64 · Umweltzerstörung und Rohstoffmangel 68 · Land und Leute 73	
2. Gesellschaft und Politik	77
Geschichte	77
Niedergang unter den Quing-Kaisern (1797–1912) 77 · Chinesi- sche Republik (1912–1949) 81 · Volksrepublik China (seit 1949) 86 · Maos China (1949–1976) 87 · Deng Xiaoping (1978–1994) 95 · Jiang Zemin (1996–2002) 103	
Demokratie und politische Reformen	107
Multipolarität und Werteverfall	114
3. Außenpolitik und -wirtschaft	117
Exporte und Währung	117
Militär und Diplomatie	124
Internationale Beziehungen	128

4. »Groß-China«	133
Geschichte der chinesischen Zivilisation 134 · Macao und Hongkong 142 · Taiwan 145 · Überseechinesen 148	
5. Würdigung	150
Japan: Abenddämmerung oder Sonnenaufgang	154
1. Wirtschaft	156
Wirtschaftswunderland 160	
Regierung Koizumi 165 · Bilanzrezession 167	
Phönix: Quo Vadis? 169	
Erfolg der Strukturreformen 173 · Bankenkrise 174 · Wachstumsfaktoren 176	
2. Innen (Uchi)	177
Werte und Weltbild 178	
»Chinesische Dinge, japanischer Geist« 179 · »Japanischer Geist, westliche Dinge« 189	
Demokratie 191	
Nationalismus und »kokutai« 194	
Innenpolitik der Regierung Koizumi 196	
3. Außen (Soto)	203
Stellung in der Welt 203	
Isolation 203 · Ambivalenz 207 · Geltungsdrang 208	
Außenpolitik 209	
Historie 209 · Seit 1945 217 · Internationalisierung und Revisionismus 219 · Regierung Koizumi 222	
4. Licht und Schatten	225
China und Japan	228
1. Geister der Vergangenheit	229
Das Klatschen der einen Hand 229	
1894/95–1945 233	
Seit 1945 239	

2. Gegenwart	241
Politisch	241
Wirtschaftlich	245
3. Hinwendung zu Asien	249
ASEAN	250
ASEAN plus drei 253 · Freihandelsabkommen 255 · Vietnam 257	
Die koreanische Halbinsel	262
Historisch 262 · Heute 271	
Der indische Subkontinent	276
4. Beziehungen zu den USA	281
5. Beziehungen zu Europa	283
Europäische Union	283
Russland	285
6. Ausblick	286

Asien morgen: Aussichten

China – Japan: Umarmung oder Konfrontation?	291
1. Einblick	292
2. Ausblick	302
Kampf der Kulturen?	305
1. Strukturen und Systeme	305
2. Werte und Wandel	311
Religion	312
Konfuzianismus 312 · Islam 318 · Hinduismus 321 · Buddhismus 321	
Nationalismus	322

8 DAS ASIATISCHE JAHRHUNDERT

Epilog	325
Literatur	327
Register	334

Prolog

»Das Mittelmeer ist der Ozean der Vergangenheit, der Atlantik ist der Ozean der Gegenwart, und der Pazifik ist der Ozean der Zukunft«. Dies prognostizierte der frühere amerikanische Außenminister J. Hay schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Nachdem der Mittelmeerraum durch die ägyptische und dann griechisch-römische Hochkultur über Jahrtausende die führende kulturelle und wirtschaftliche Macht gewesen war, löste im 14. Jahrhundert Amsterdam die Republik Venedig als Weltwirtschaftszentrum ab. Das neue Zentrum verblieb im atlantischen Raum, in dem nach ihm London und New York die Führung der Weltwirtschaft übernahmen.

Die Entwicklungsaussichten von Asien wurden in den frühen siebziger Jahren durch den schwedischen Wirtschaftswissenschaftler Gunnar Myrdal noch als »asiatisches Drama« beschrieben. Aber bereits in den beiden folgenden Jahrzehnten zogen die Erfolge der vier Tigerstaaten Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur verbunden mit der dominanten Stellung Japans die Aufmerksamkeit auf den asiatisch-pazifischen Raum.

Seit dieser Zeit beherrscht die »asiatische Herausforderung« die Schlagzeilen. Diese wird aufgrund des starken Wachstums der exportorientierten Volkswirtschaften der asiatischen Wunderländer vor allem ökonomisch verstanden, wenngleich neben den sozialen und ökologischen Folgen auch der Aspekt eines kulturellen Wettkampfes immer mehr betont wird. Sprachen noch in den achtziger Jahren die Medien von einer »japanischen Gefahr«, so berichteten

sie in den neunziger Jahren von den Erfolgen der kleinen Tigerstaaten. Heutzutage stehen vor allem Indien und China – nachdem die unmittelbare Bedrohung aufgrund der Rezession in Japan und der asiatischen Währungskrise 1997 wieder zurückzuweichen scheint – im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Im Jahre 2050 werden zwei Drittel der Menschheit in Asien leben. Die Geschwindigkeit des wirtschaftlichen und sozialen Wandels in Asien ist dramatischer und rasanter als in jeder anderen Epoche oder Region der Welt. China ist inzwischen einer der wichtigsten Abnahmemärkte für europäische aber auch amerikanische und japanische Exportwirtschaften. Seine Bedeutung für die deutsche Wirtschaft wächst nahezu täglich. Aufgrund der stagnierenden Inlandsentwicklung in Deutschland könnte sich China mittelfristig sogar zum einzigen Ausweg aus der Binnenrezession entwickeln.

Kaum ein Tag vergeht ohne Schlagzeilen und Analysen zum »Wirtschaftsgiganten China«, der künftigen »Supermacht«, zu unvorstellbaren Marktchancen oder ebenso kaum vorstellbaren Gefahren einer weltweiten Dominanz durch das Reich der Mitte. Die Flut der Statistiken, Hochrechnungen und griffigen Vergleiche scheint kein Ende zu nehmen. Es ist also ein guter Moment, dieses Phänomen näher zu beleuchten, solange es noch im Werden begriffen ist und bevor das Dasein vollendete Tatsachen geschaffen hat. Wichtig ist aber, nicht nur das Wellengekräusel an der Oberfläche zu erfassen, sondern die tieferen Strömungen zu verstehen.

Die Rede von einem »asiatischen« Jahrhundert erfordert allerdings eine Präzisierung, da Asien in drei Regionen zu unterteilen ist: in Südasien, Südostasien und Ostasien.

Die geografisch-historische Einheit Südasien ist durch den Gebirgszug des Himalaja im Norden und die Form des indischen Subkontinentes vorgegeben. Indien wird als Zentralmacht in Südasien punktuell in diesem Buch zum Vergleich herangezogen, insgesamt soll jedoch Südasien nicht Teil der Analyse sein. Auch Südostasien, das eine sehr vielfältige Region bildet, wird im Folgenden

nur eine Nebenrolle spielen als Projektionsfläche und Spielfeld für die eigentlichen Protagonisten: China und Japan.

Es ist nicht einfach, die Geschichte Ostasiens in einer einheitlichen Struktur darzustellen. Die Kernregion Ostasiens besteht aus den heutigen Staaten der Volksrepublik China, Taiwan, Japan und Korea sowie dem nördlichen Vietnam. Während für China bereits seit dem zweiten vorchristlichen Jahrtausend gesicherte Quellenüberlieferungen vorliegen, treten Korea erst im vierten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung und Japan sogar erst um die Zeitenwende mit staatsähnlichen Strukturen als historische Einheiten auf. Außerdem gab es nur wenige Ereignisse, die die gesamte Region gleichermaßen betrafen oder erschütterten wie etwa die Expansion der Mongolen im 13. Jahrhundert oder die Bildung eines modernen Nationalismus im 19. Jahrhundert.

Das Kernthema dieses Buches ist die Beziehung der vormaligen wirtschaftlichen Supermacht Japan mit dem derzeitigen beziehungsweise kommenden ökonomischen Riesen China. Gemeinsam haben diese Länder ein unermessliches wirtschaftliches und politisches Potenzial, aus diesem Grund liegt der Schwerpunkt der Analyse auf ihnen, Hinzu tritt die koreanische Halbinsel, die als Puffer, Brücke, Zankapfel zwischen diesen beiden Mächten untrennbar mit deren Geschichte und Gegenwart verknüpft ist.

China und Japan müssen im Kontext Asiens und Asien muss wiederum im Verhältnis zu den USA und Europa, respektive Deutschland betrachtet werden. Nur wenn man die Geschichte von China und Japan, insbesondere ihre wechselseitige Hassliebe kennt, kann man das gegenwärtige Verhältnis der beiden Länder zueinander verstehen. Und erst aus einer Untersuchung der derzeitigen Verknüpfungen in wirtschaftlicher, sozialer, historischer und weltanschaulicher Hinsicht lässt sich eine Einschätzung wagen, wie sich die beiden Länder und die Region in den nächsten dreißig bis fünfzig Jahren entwickeln könnten. Das künftige Verhältnis von China und Japan wird ohne Zweifel von enormer Bedeutung sein, nicht nur für Asien, sondern für den Rest der Welt. Es ist der-

zeit schwer abzusehen, ob es zwischen China und Japan zu einem Konflikt kommen wird oder ob die Annäherung der beiden Kulturen, die doch so viel gemeinsam haben, durch eine erfolgreiche Aufarbeitung und Bewältigung der dunklen Kapitel in der gemeinsamen Vergangenheit zum Nutzen aller asiatischen Länder und der Weltwirtschaft gelingen wird. Vielleicht könnte sogar eine »großasiatische Wohlstandssphäre« unter gemeinsamer chinesisches-japanischer Führung entstehen.

Diese Frage kann weder die USA noch Europa kalt lassen. Insbesondere für Deutschland, das zwischen 1870 und 1914 eine zu Japan parallele Entwicklung durchlief, das mit Japan in den dreißiger und vierziger Jahren im Antikomintern-Pakt eng zusammenarbeitete, das wie Japan als Verlierer des Zweiten Weltkrieges in den siebziger und achtziger Jahren zum Exportweltmeister wurde, ist diese Möglichkeit von entscheidender Bedeutung.

Asien heute: Ansichten

China

Ein Gigant erwacht

Der 1. Oktober 2009 ist ein sonniger Tag. Vor 60 Jahren wurde von Mao Zedong mit nieselnder Stimme die Volksrepublik China ausgerufen. Im obersten Stockwerk des 888-Meter hohen »Planet Shanghai«-Turms haben sich die wichtigsten Vertreter der Zentralregierung aus Peking, der Volksbefreiungsarmee, der Oberbürgermeister von Shanghai sowie die Vertreter verschiedener Provinzen versammelt. Die Nachrichten sind schlecht. Der so genannte Rostgürtel, die Provinzen nordöstlich von Peking, werden von Unruhen erschüttert. Zehntausende von Toten liegen auf den Straßen. Die Mega-City »Perlfussdelta«, die mit rund 50 Millionen Einwohnern die früheren Städte Shenzhen, Kanton und Macao umfasst, hat sich von der Volksrepublik China losgesagt und bei der Regierung der USA und Taiwan um militärischen Schutz gebeten. Während an der Ostküste im Großraum zwischen Shanghai und Hongkong großer Arbeitskräftemangel herrscht, weil die früheren Wanderarbeiter vom Land in den Provinzen bleiben, ziehen wegen der Hungersnöte Millionen von arbeitslosen Bauern marodierend durch die Provinzen im Zentrum Chinas. Ganz im Westen in dem riesigen Sinkiang hat sich die moslemische Bevölkerung ebenfalls von der chinesischen Zentralregierung losgesagt.

In den wohlhabenden Provinzen demonstrieren Hunderttausende von Akademikern Schulter an Schulter mit Studenten und Geschäftsleuten und fordern mehr Demokratie. Gleichzeitig hat der Kollaps der überhitzten Wirtschaft zu einer gewaltigen Inflation verbunden mit Massenarbeitslosigkeit geführt. In den süd-

lichen Landesteilen grassiert die Geflügelgrippe, die sich von Mensch zu Mensch überträgt. Durch den Verfall der Zentralregierung bricht die Gesundheitsvorsorge völlig zusammen, und die Epidemie, die schnell auf Burma, Vietnam und ganz Südostasien übergreift, fordert innerhalb weniger Wochen Millionen von Toten.

Rund vier Millionen Millionäre setzen sich aus China ab und beantragen die Staatsbürgerschaft in Australien und Neuseeland.

Gleichzeitig haben pakistanische Terroristen, die mit chinesischen Waffen ausgerüstet sind, eine Dirty Bomb in Neu Delhi zur Explosion gebracht. Ein nordkoreanischer General versucht im Rahmen eines Putsches die Macht von Kim Il Song zu übernehmen und schießt eine Taepodong-Rakete auf die US-Militärbasis auf Yokota in Japan ab. Japan beschuldigt China des Staatsterrorismus und stellt ein Ultimatum von vier Tagen zur Benennung und Auslieferung der Terroristen sowie einer Erklärung vor den Vereinten Nationen, dass jegliche Waffenhilfe und logistische Unterstützung für den Iran, Pakistan und Nordkorea unterbleibt. Japan fordert unter Hinweis auf das Sicherheitsbündnis mit den USA auch eine Garantieerklärung bezüglich der Unantastbarkeit Taiwans. Die hungernden Massen in China schäumen, verbrennen japanische Fahnen und rufen »Remember Nanking«.

Ein Alptraum, bloße Fantasie, dramatische Überzeichnung oder doch ein denkbare Szenario?

China sieht sich momentan gewaltigen Veränderungen unterworfen. In der Tat sehen nicht wenige Beobachter einen vollständigen Zusammenbruch der überhitzten Volkswirtschaft voraus. China, das ein regelmäßiges hohes Wirtschaftswachstum braucht, um die sozialen Spannungen unter Kontrolle zu halten, könnte in mehrere Teile auseinanderbrechen. Die Folgen wären für China und die Welt verheerend.

Hatte schon das rasante Wachstum der so genannten kleinen Drachen Taiwan, Singapur und Südkorea Ende des letzten Jahrhunderts weltweit Aufsehen erregt, so gilt dies für den ökonomischen Aufschwung des größten Drachens, China, erst recht.

Was das Land seit seiner Öffnung im Jahr 1978 dank der Reformen von Deng erreicht hat, ist phänomenal. Die westliche Hemisphäre hat dies mit Bewunderung zur Kenntnis genommen und viele Hoffnungen in die neue Wirtschaftssupermacht gesetzt. Doch nach der anfänglichen Euphorie wächst nun die Besorgnis vor dem Schatten des Drachens. China durchläuft derzeit Transformationen von historischer und globaler Bedeutung. Der Wandel von einer zentralistischen Plan- zu einer freien Marktwirtschaft, die Umwandlung von einem Agrarstaat in eine moderne städtische Gesellschaft, die Entwicklung von einem autoritären sozialistischen Staat in eine dynamische, quasi demokratische Gesellschaft, sowie das Ende der außenpolitischen Isolation zugunsten einer aktiven Eingliederung in die internationale Staatengemeinschaft – das sind Prozesse, die China und seine Führung bis aufs Äußerste herausfordern.

In welchem Maße diese Prozesse in der Wirtschaft, der Gesellschafts- und Innenpolitik, der Außenpolitik und im Militär sowie im größeren Zusammenhang in der chinesischen Volksgemeinschaft stattfinden und welche Auswirkungen sie haben, wird die weitere Entwicklung Asiens entscheidend beeinflussen.

I. Wirtschaft

Das seit 25 Jahren ununterbrochen wachsende Wirtschaftswunderland ist bisher im Westen vor allem als Chance wahrgenommen worden. Der riesige Absatzmarkt hilft exportorientierten Ländern wie Japan und Deutschland, eine Binnenrezession zu vermeiden und den Effekt struktureller Schwächen daheim zu verwässern.

Gleichzeitig werden aber auch die Schattenseiten dieser Entwicklung offensichtlich: Der ungeheure Rohstoffhunger, der zu Preisdruck auf dem Weltmarkt führt, die Bedrohung westlicher Arbeitsplätze durch das riesige Reservoir billiger Arbeitskräfte, die

schnelle Entwicklung zu einem High-Tech-Land, das die USA und Europa bald überholen wird und schon jetzt Standards setzt, sowie das vermehrte Auftreten von wettbewerbsfähigen chinesischen Global Playern wie etwa BaoSteel, Lenovo, Huawei, Haier und Sinopec sind nicht mehr zu ignorieren.

Chancen und Risiken

Das Wachstum um jeden Preis hat China in den letzten Jahren große Erfolge beschert. Seit zwanzig Jahren wächst das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahresdurchschnitt um 9,4 Prozent und erreichte im Jahr 2003 1 140 Milliarden Euro, zum ersten Mal betrug das Pro-Kopf-Einkommen in China mehr als 1 000 Dollar. Mit einem BIP-Wachstum von 9,7 Prozent übertraf das erste Halbjahr 2004 sogar noch das Wachstum des ersten Halbjahrs 2003 um fast ein Prozent.

Während die chinesische Regierung diesen unglaublichen Aufschwung mit einer gestiegenen Verbrauchernachfrage und Investitionen in die Infrastruktur begründet, wächst die Sorge vor einer möglichen Überhitzung, die aber derzeit noch nicht offiziell thematisiert wird. Vielmehr spricht die Regierung nur von gewissen Widersprüchen und Problemen in der Wirtschaft wie zu schnell wachsenden Investitionen in Anlagevermögen. Wenn der Kredit- und Investitionsboom weiter anhält, könnte die Inflation aus dem Ruder laufen, und gefährliche Spekulationsblasen am Immobilienmarkt würden entstehen.

Das Investitionsfieber führte dazu, dass die Anlageinvestitionen im ersten Halbjahr 2004 fast 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachten. Sie waren um rund ein Drittel gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Zu den Großinvestoren gehören viele Staatsbetriebe. Oft wird in rückwärtsgewandte Branchen wie die Stahlindustrie investiert. Um ein Platzen der Spekulationsblase zu verhindern, muss die Regierung das Wachstum auf eine gesunde Größe

von etwa 7 Prozent pro Jahr drücken, um eine so genannte weiche Landung zu ermöglichen. Ein Wirtschaftseinbruch träfe überproportional die arme Bevölkerung Chinas und könnte große soziale Spannungen auslösen. Das dosierte Abbremsen der überhitzten Wirtschaft ist daher ein Drahtseilakt, der sowohl innerhalb als auch außerhalb Chinas Kontroversen hervorruft.

Der kontinuierliche steile Anstieg des BIP gilt als Meilenstein in der chinesischen Wirtschaftsgeschichte und als endgültige Überwindung der Wirtschaftskrise von 1997. Das Land ist in eine Wachstumsphase getreten, die auf einer nachhaltigen Verbrauchernachfrage gründet. Im Jahre 2003 haben sich 112 Millionen Chinesen erstmalig einen Telefonanschluss zugelegt, die Zahl der Telefonkunden ist auf insgesamt 532 Millionen angestiegen. Die Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur führten zu rund 46 000 Kilometern an neuen Fernstraßen, davon 4 600 Kilometer an Autobahnen. Mit über 1,8 Millionen Kilometern ausgebauter Straßen, davon 30 000 Kilometer Autobahnen, steht China damit hinter den USA weltweit an zweiter Stelle. Weitere 160 000 Straßenkilometer befinden sich in Bau oder Planung, um die mittlerweile über hundertfünfzig Millionenstädte zu verbinden.

Anfang 2004 wuchs die Hoffnung, dass eine weiche Landung der chinesischen Wirtschaft gelingen könnte. Die Zahlen für das erste Halbjahr 2004 sprechen jedoch eine andere Sprache. Das Bruttosozialprodukt wuchs wieder um fast 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Anlageinvestitionen stiegen um weitere 43 Prozent und haben damit einen Anteil am Bruttosozialprodukt (BSP), der weit über dem liegt, was andere asiatische Staaten wie beispielsweise Thailand aufwiesen, kurz bevor sie 1997/98 von der Währungs- und Finanzkrise überrollt wurden.

Die Bankaußenstände stiegen in der ersten Hälfte des Jahres 2004 um 21 Prozent: Das Kreditvolumen der Banken nahm während der letzten Jahre stark zu und macht inzwischen 145 Prozent des Bruttosozialproduktes aus, ein Wert, der von kaum einem industrialisierten Land erreicht wird.

China ist mit dieser Situation in starker Bedrängnis, da vorherige Erfahrungen keinerlei Aufschluss geben, wie am besten weiter zu verfahren ist. Seit Beginn der Wirtschaftsreformen 1978 gab es drei Wirtschaftszyklen, mit Spitzen in den Jahren 1978, 1984 und 1992. Es spricht einiges dafür, dass 2004 den Höhepunkt eines vierten Zyklus darstellt.

Die Aussagekraft der statistischen Daten Chinas, vor allem der neunziger Jahre, ist beschränkt, da ein am Vorgehen der Sowjetunion orientiertes Berichtswesen das Wachstum in Gipfelzeiten regelmäßig unter-, in Talzeiten übertrieb. Auch bei den heutigen Statistiken wird eine politische Einflussnahme unterstellt.

Die Fragwürdigkeit der Daten – begründet nicht nur in planwirtschaftlichen Vorbildern, sondern auch in fehlenden Maßstäben –, ist der politischen Führung in China bewusst. Außenhandelspartner weisen immer wieder auf die Unzuverlässigkeit der chinesischen Wirtschaftszahlen hin. Aus diesem Grund führte China zum Stichtag des 31. Dezember 2004 die erste landesweite Wirtschaftserhebung seit 1949 durch. Alle staatlichen und privaten Betriebe mussten Dutzende von Fragen wahrheitsgemäß beantworten. 50 000 Wirtschaftszähler waren allein in Peking unterwegs, um den größten Wirtschaftszensus der Welt durchzuführen. Die Ergebnisse, die noch nicht vorliegen, sollen eine bessere Planung ermöglichen. Es bleibt abzuwarten, ob diese Daten einer politischen Einflussnahme unterliegen werden. In jedem Fall soll der Wirtschaftszensus alle fünf Jahre wiederholt werden.

Chinas ökonomisches Wachstum unterlag im letzten Vierteljahrhundert starken Schwankungen. Im Anschluss an die Reformen im Jahr 1978 schoss es innerhalb eines Jahres von 4 auf 12 Prozent. 1981 fiel das wirtschaftliche Wachstum zurück auf 5 Prozent, da China noch nicht in der Lage war, die ehrgeizigen Industrialisierungsprojekte zu bezahlen. 1984 meldete sich das Investitionsfieber zurück und führte zu einem Anstieg von mehr als 15 Prozent, um nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlichen Friedens steil abzufallen. Das Tempo der Reformen geriet

ins Stocken, und immer häufiger wurden sie insgesamt infrage gestellt. Der Vater der Öffnung Chinas, Deng Xiaoping, der keine offiziellen Ämter mehr inne hatte, unternahm daher im Frühjahr 1992 in bester kaiserlicher Tradition seine berühmte »Reise in den Süden« und besuchte die den zahlreichen Reformgegnern so verhassten Wirtschaftssonderzonen. Er war auch in Shanghai und hielt flammende Reden, um den Reformprozess zu beschleunigen. Ähnlich wie Mao in der Kulturrevolution gelang es Deng, am Parteiapparat vorbei direkten Zugang zur Bevölkerung zu gewinnen. Er skizzierte die Essenz des neuen Kurses, der »hundert Jahre lang ohne Schwanken« beibehalten werden müsse und betonte das absolute Primat der Wirtschaft. Deng drängte zu noch mehr Marktwirtschaft und reformerischem Mut und bezeichnete linke Tendenzen in der kommunistischen Partei als das Haupthindernis auf dem Weg zur Reform. Der Kerngehalt seiner Reden insbesondere das »Bei nian wujiao« (Parolen, die hundert Jahre lang nicht mehr wackeln) wurde formell auf dem vierzehnten Parteitag im Oktober 1992 abgesegnet. Es folgte ein Wirtschaftswachstum von 14,2 Prozent.

Im Jahr 1994 trat Premierminister Zhu Rongji auf die Bremse, und das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich bis zum Jahre 1998 auf rund 3 Prozent.

Andere Methoden, das Bruttosozialprodukt zu berechnen – etwa den tatsächlichen Verbrauch statt des planwirtschaftlichen Ansatzes zu wählen und Wachstumsindikatoren wie Fracht-, Flugverkehr und Elektrizitätsverbrauch mit einzubeziehen –, führten im Jahr 2003 zu einer offiziellen Wachstumsrate von 7,8 Prozent. 1998 wurde die chinesische Regierung wegen der asiatischen Finanzkrise nervös und begann, die chinesische Wirtschaft durch Investitionsprojekte zu fördern. Die Wachstumsrate für 2003 betrug offiziell 9,1 Prozent, tatsächlich lag sie wohl eher bei 11 Prozent.

Der nunmehr vierte Wachstumszyklus zeichnet sich durch starke Unregelmäßigkeiten aus, unter anderem weil das Finanz-

und Bankensystem noch immer durch die kommunistische Partei (KPC) nach den Prinzipien der zentralen Planwirtschaft kontrolliert wird. Bei einer Überhitzung gäbe es keine effektiven Marktregulatorien für eine sanfte Landung. Im Jahr 1993 war beispielsweise das System der Kreditvergabe völlig außer Kontrolle geraten und auch durch staatliche Eingriffe nicht lenkbar.

Anzeichen für eine ähnliche Entwicklung sind auch jetzt zu beobachten. Beteuerungen der Regierung, dass das Bankensystem rechtzeitig reformiert wurde und bereits politisch unabhängige Entscheidungen treffen könne, ändern nichts daran, dass gewisse Branchen der Wirtschaft als »überinvestiert« zu bezeichnen sind.

Im Jahr 1993 war die Frage, ob die Volksrepublik auf die Wirtschaftsbremse tritt, für den Rest der Welt noch nicht besonders wichtig, aber in den letzten Jahren hat der Chinaboom ein ungeheures Wachstum des internationalen Handels bewirkt. Diesmal ist die Frage der chinesischen Wirtschaftspolitik von zentraler, ja globaler Bedeutung. Andere asiatische Nationen, die sich gerade zu erholen beginnen, sind auf die Exporte in die Volksrepublik ebenso angewiesen wie die USA und europäische Länder. Börsenkurse und Handelsvolumen von Unternehmen, die versuchen, den enormen Rohstoffhunger Chinas zu stillen, sind ebenso betroffen wie die Wechselkurse.

Die USA kritisieren, dass es in China keine selbstregulatorischen Marktmechanismen gibt. Die durch eine spiralförmig wachsende Sparpflicht getriebene Investitionspolitik könnte schließlich der ökonomischen Gravitationskraft zum Opfer fallen –, entweder durch die traditionelle Notbremsung, also radikales Herunterfahren der Investitionen im Land, oder durch Marktteilnehmer von außen.

Obwohl China in erster Linie ein Agrarstaat ist, erzielte es von 1952 bis 1982 durchschnittliche Wachstumsraten von 10 Prozent in der Industrie und 3 Prozent in der Landwirtschaft sowie ein BSP-Wachstum von durchschnittlich 6 Prozent pro Jahr. Durch das Beispiel Japans in den sechziger und siebziger Jahren sah sich

die chinesische Regierung darin bestätigt, dass es sich lohnen könnte, Abhängigkeiten vom Weltmarkt beziehungsweise sogar Spannungen mit Nachbarländern wegen eines großen Handelsüberschusses in Kauf zu nehmen. Denn das hohe Binnenwachstum ermöglichte eine beschleunigte Verbreitung von Technologie und eine Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Industrie.

Zwischen 1949 und 1999 wuchs das Außenhandelsvolumen Chinas im Jahr durchschnittlich um 13 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt hingegen nur um 7,7 Prozent.

Die Tatsache, dass der Außenhandel ähnlich wie bei Japan und den vier Tigerstaaten fast doppelt so schnell anstieg wie das Bruttoinlandsprodukt, legt den Schluss nahe, dass Protektionismus ein Irrweg ist und dass die höchsten Unkosten durch Anpassungsvorsäumnisse hervorgerufen werden. In permanentem Anpassungsdruck auf ausländischen Märkten im Wettbewerb zu stehen führt zu Effizienzsteigerungen und gleichzeitiger Kostenersparnis. Genau dies hatte die japanische Wirtschaft in der Rezession in den neunziger Jahren vor einer noch schlimmeren Krise bewahrt.

China bekam durch das Beispiel Japans aber auch die Risiken einer aggressiven, exportgetriebenen Wachstumspolitik vor Augen geführt, wenn Investitionen in den Umweltschutz fehlen beziehungsweise große sozial-politische Defizite bestehen bleiben.

In letzter Konsequenz zahlt der Binnenmarktkonsument durch hohe Preise dafür. Die Verbindung des hohen Binnenpreisniveaus mit der Sparquote führt dazu, dass der Export durch den einzelnen Verbraucher zu Hause mitfinanziert wird, was im Medienzeitalter unangenehmen Druck im Binnenmarkt erzeugen kann. Vielleicht aus diesem Grund haben neo-autoritäre, konfuzianistisch geprägte Staaten kein großes Interesse an einem mündigen, auf seine Individualrechte pochenden Staatsbürger, sondern bevorzugen die Tradition: Gemeinwohl geht vor Einzelwohl, und die Elite des Landes, die Ministerialbürokratie, kennt und will im Sinne eines wohlmeinenden Vaters das Beste für das Volk. Für mehr Verteilungsgerechtigkeit fehlen ohnehin die Einflussmöglichkeiten.

Das Anwachsen von extremem Reichtum und extremer Armut sind ein häufiger Nebeneffekt exportgetriebenen Wachstums.

In der Aufholphase einer Volkswirtschaft mag dies hingenommen werden, doch irgendwann ist Konsolidierung, Stabilisierung und gleichmäßigere Verteilung angebracht. Dies ist nun in China und Indien der Fall, wo das Entstehen einer in die Millionen gehenden zahlungskräftigen Mittelschicht zügig voranschreitet.

Die Regierung von Ministerpräsident Wen Jiabao hat erkannt, dass der weitere Aufschwung Chinas kontrollierter und solider vorangehen muss. Er sollte auf mehr Schultern verteilt sein und wäre aufgrund des erhöhten Binnenkonsums durch die kaufkräftige »neue Mittelschicht« stabiler. Diese würde aus Statusgründen zahlreiche ausländische Importprodukte kaufen.

Ein erhöhter Binnenkonsum könnte auch zu einer Besänftigung der Außenhandelspartner Chinas beitragen. China ist auf dem besten Weg, die Hysterie, die Japan Ende der achtziger Jahre hervorrief, erneut auszulösen, vielleicht sogar zu übertreffen. Im Jahre 2003 kam es zu einem Rekorddefizit mit den USA in Höhe von 124 Milliarden Dollar, mit steigender Tendenz.

Die chinesische Regierung hat die sanfte Bremsung der überhitzten Wirtschaft seit August 2003 in die Wege geleitet. Neben einer Beschränkung der Kreditvergabe durch staatseigene Banken geschieht dies vor allem durch administrative Eingriffe, die die Ausweitung der Anlageinvestitionen in der Stahl-, Aluminium-, Zement- und Bauindustrie sowie in einem bestimmten Maße auch in der Kfz-Industrie bremsen. Der Effekt dürfte wohl erst im zweiten Halbjahr 2004 oder im ersten Halbjahr 2005 richtig zu spüren sein.

Immerhin schwächte sich das BIP-Wachstum im dritten Quartal 2004 auf offiziell 9,1 Prozent ab, nachdem es im ersten und zweiten Quartal noch 9,8 und 9,6 Prozent betragen hatte.

Die Bewertung der konjunkturpolitischen Abwehrmanöver ist sehr unterschiedlich, wobei sich die Kritik vor allem an der Art der staatlichen Eingriffe festmacht. Es wird befürchtet, dass negative

Auswirkungen auf nicht überhitzte Wirtschaftsbereiche übergreifen.

Ministerpräsident Wen Jiabao erklärte, dass die Serie von gesamtwirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen gute Ergebnisse erzielt habe und unter anderem das schnelle Wachstum der Anlageinvestitionen, der Geldmenge und der Kreditvergabe erfolgreich gebremst worden seien. Auch der Preisanstieg sei gestoppt und die destabilisierenden Faktoren kontrolliert worden. Wen räumte allerdings ein, dass es nach wie vor starke Engpässe beim Angebot von Kohle, Elektrizität, Erdöl und Transportkapazitäten gäbe. Nichtsdestotrotz rechne er fest damit, dass die Konjunktur ein erfolgreiches *soft landing* schaffen würde. Wen Jiabao stellte wiederholt klar, dass er als seine wichtigste Aufgabe betrachte, Inflation und Turbulenzen in der Wirtschaft zu verhindern.

Die wirtschaftspolitischen Prioritäten werden vom »Wachstum um jeden Preis« verlagert, um eine nachhaltige Entwicklung, Ausgleich und den Abbau von Konfliktpotenzialen zu erreichen. Deswegen bilden die Förderung von Landwirtschaft und die Verbesserung der Beschäftigungspolitik einen Schwerpunkt der Tätigkeiten.

Es ist richtig, dass die von Wen erwähnten Maßnahmen erfolgreich waren und dadurch die Investitionstätigkeit gebremst werden konnte. Die Gefahr liegt aber in den Provinzregierungen, die im ersten Halbjahr 2004 nochmals zahlreiche Bauvorhaben begonnen hatten, was die Investitionen um rund 65 Prozent gegenüber dem Vorjahr ansteigen ließ.

Neue Projekte, vor allem in den Provinzen, werden dennoch aktiv eingeschränkt, und wie 1994 werden bereits laufende Projekte durch spezielle *task forces* auf Unwirtschaftlichkeit, insbesondere im Hinblick auf Kreditaufnahme, Finanzierung und Landnutzung, überprüft.

Innerhalb von neun Monaten hat der Staatsrat mehr als 4 000 der einstmals 6 000 Industrieparks in China geschlossen und greift auch zunehmend in die Detailplanungen ein. Nach einer Zwischenbilanz der Regierung vom September 2004 wurden innerhalb von

fünf Monaten 70 600 Bau- und Investitionsprojekte überprüft, wovon 4 150 – von Kleinstprojekten wie Freizeitanlagen bis hin zu großen Stahl- und Zementwerken – stillgelegt wurden. Die Regierung plant weiterhin, den Umfang von Investitionen zu kontrollieren und den Zugang zu Bauland und Krediten geschlossen zu halten.

Doch die Frage der wirtschaftlichen Abbremsung beziehungsweise mit welchen Mitteln und für wie lange sie durchgeführt werden soll, bleibt nach wie vor im In- und Ausland heftig umstritten.

Die optimistische Einschätzung Wens deckt sich zum Beispiel nicht mit der Meinung des Internationalen Währungsfonds (IWF), der nicht glaubt, dass es schon gelungen ist, die boomende Wirtschaft ausreichend abzukühlen. Im Jahresländerbericht 2004 für China ist nachzulesen, dass trotz der jüngsten Anzeichen eines verlangsamten Investitionswachstums ein sanftes Abbremsen der Konjunktur noch nicht gesichert ist. Der IWF erhöhte für das Jahr 2004 die Wachstumsprognose für China von 8,5 auf 9 Prozent und geht erst für das Folgejahr von einem Wachstum des BIP von nur noch 7,5 Prozent aus. Erst unter der Marke von 7 Prozent könnte man von einer weichen Landung sprechen.

Der IWF fordert eine weitere Beschleunigung der Reformen im Finanzsektor sowie beim Management der staatseigenen Unternehmen, um die Wirtschaft besser kontrollieren zu können. Auch eine weitere Straffung der Geldpolitik, um das Kreditwachstum effektiv einzudämmen, wird in Verbindung mit einem flexibleren Wechselkurs nötig sein. Aufgrund der starren Koppelung der chinesischen Währung an den Kurs des US-Dollars kann der Zins nicht allzu weit vom Leitzins in den USA abweichen, ohne starken Zufluss von spekulativem Kapital nach China auszulösen. Durch einen flexiblen Wechselkurs wäre eine Zinserhöhung in China ohne Rücksicht auf den US-Zins möglich.

Viele Marktbeobachter schätzen die Lage jedoch positiver ein als der IWF und betrachten die bisherigen Maßnahmen als erfolgreich. Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) erwartet, dass

China aufgrund der Beschränkung der Kreditvergabe in den kommenden zwei bis drei Jahren eine gesunde Drosselung des Wachstums erreichen wird. Die ADB hebt außerdem positiv hervor, dass die chinesische Regierung gleichzeitig versuche, strukturelle Probleme dadurch zu lösen, dass Projekte zur Finanzierung von Energieerzeugung, Bewässerungsprojekte und der Bildungssektor nicht von der Kreditbeschränkung betroffen sind. Wichtig sei, nicht das Gesamtwachstum zu drosseln, sondern vor allem die überhitzten Sektoren, wie bereits jetzt eintretende Erfolge bei der Rückfuhr der Stahlproduktion zeigen.

Dennoch hat die Arbeitslosigkeit in China trotz der boomenden Wirtschaft zugenommen, und auch der Inflationsdruck steigt. Statt nur die Kreditvergabe an überhitzte Industriezweige zu beschränken, stoppen die Banken die Kreditvergabe insgesamt.

Die »National Development and Reform Commission« (NDRC) warnt ohnehin davor, dass die rasante Investitionstätigkeit aufgrund von Energiemangel und einem größer werdenden Abstand zwischen Investitionen und Privatkonsum nicht mehr lange aufrechterhalten werden kann. Der von der Regierung erhoffte Anstieg des Privatkonsums verbunden mit einer Einschränkung der Großprojekte könnte mittelfristig Besserung bringen. In der Tat stieg im ersten Halbjahr 2004 der Verbraucherindex um 3,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und der Einzelhandelsumsatz um 12,8 Prozent. Telekommunikationsausrüstungen, Fahrzeuge und Ölprodukte machten den Hauptteil des Anstieges aus, aber auch Kosmetika, Sport- und Unterhaltungsprodukte, Schmuck und Kleidung legten kräftig zu.

Die Sorgen wegen einer Überhitzung bleiben aber bestehen, und die Anzeichen einer Inflation in China, nicht zuletzt durch die weltweite Preisbildung für Erdöl und andere Rohstoffe beeinflusst, haben sich verstärkt. Die Inflation hat sich mittlerweile dem durchschnittlichen Kreditzinssatz von 5,31 Prozent per annum angenähert.

Viele Beobachter befürchten, dass China, ähnlich wie Japan in

den achtziger Jahren, bereits in einer riesigen Spekulationsblase gefangen ist und aufgrund der Menge an faulen Krediten vor einem Finanzkollaps steht.

Die konventionellen Methoden, eine überhitzte Wirtschaft zu bremsen, wären Währungsaufwertung und höhere Zinssätze, wobei erfahrungsgemäß selten beides zugleich gelingt. Ein Anstieg der Währungskurse kühlt die Exporte ab, da sie in ausländischen Märkten nicht mehr so wettbewerbsfähig sind. Höhere Zinssätze hingegen zwingen die Unternehmen und die Privatverbraucher dazu, mehr Geld zur Bedienung ihrer Kredite aufzuwenden. Es besteht keine Einigkeit darüber, ob diese traditionellen westlichen Methoden in China greifen, zumal sich das chinesische Bankensystem in einem frühen Entwicklungsstadium befindet und noch durch Korruption, staatlichen Einfluss und mangelnde Erfahrung gezeichnet ist.

Besorgte Kritiker verweisen auf das rasante Wachstum der Tigerstaaten Ende der neunziger Jahre. Im Gegensatz zu Japan oder den Tigerstaaten sind aber zwei Drittel des Wirtschaftswachstums in China den Direktinvestitionen von ausländischen Großunternehmen zu verdanken. Auch die faulen Kredite, die in den letzten zwanzig Jahren vor allem als Finanzhilfen für marode Staatsunternehmen aufliefen, sind für sich alleine noch kein Anlass zur Sorge. Zusammengerechnet mit den Auslandsschulden hat China eine Staatsverschuldung von knapp 700 Milliarden Dollar, was 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht, vorausgesetzt man akzeptiert die offiziellen Zahlen.

Zum Vergleich: Im Euro-Raum lag die gesamte Staatsverschuldung im Jahre 2003 von fast 4 800 Milliarden Euro bei durchschnittlich rund 69 Prozent des BIP, Japan ist mit rund 160 Prozent des BIP verschuldet. Mit einer moderaten Auslandsverschuldung und den weltweit zweitgrößten Devisenreserven nach Japan von mittlerweile über 500 Milliarden US-Dollar steht China also gar nicht so schlecht da.

Den Subventionen für nicht mehr wettbewerbsfähige Industrien

steht eine gewaltige Sparquote von 40 Prozent gegenüber. Damit sind die Banken zwar technisch gesehen insolvent, bleiben aber dennoch so liquide, dass die Regierung die Schulden der alten Industrien schrittweise abtragen kann, ohne einen Zusammenbruch der Volkswirtschaft befürchten zu müssen. Aufgrund der Warnungen vor einer Immobilienblase sind die Preise in dieser Branche in den vergangenen zwei Jahren abgeschmolzen. Die Regierung versucht die Leerstände und die Bauprojekte so zu steuern, dass bis zu den olympischen Spielen im Jahre 2008 keine negativen Effekte mehr zu befürchten sind.

Die bisherigen Maßnahmen, die Wirtschaft abzukühlen, sind möglicherweise nicht ausreichend. Es scheint daher unausweichlich, dass der Leitzins mittelfristig um mindestens drei Prozentpunkte ansteigt. Gegen eine deutliche Erhöhung der Kreditzinsen könnte aber sprechen, dass dadurch weitere Anreize für den Zufluss von Auslandskapital nach China gesetzt würden. Die Folge höherer Kapitalzuflüsse wiederum wäre eine Zunahme der Devisenreserven, was zu einer monetären Expansion führt. Es ist also keineswegs unstrittig, ob die Geldpolitik überhaupt ein effektives Instrument darstellen kann in einem Land mit festen Wechselkursrelationen.

Allerdings würden bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Mindestreservenquote für Banken weitere Milliarden aus dem Umlauf genommen, denn nach wie vor ist zu viel Geld im Umlauf.

In einem einhellig begrüßten Überraschungsschritt erhöhte die chinesische Zentralbank im Oktober 2004 zum ersten Mal seit 1995 wieder den Zinssatz. Die Erhöhung betrug zwar nur jeweils ein Viertel Prozentpunkt für Einlagen und den Kreditzinssatz, dennoch stiegen diese dadurch auf 2,25 Prozent beziehungsweise 5,6 Prozent. Die psychologische Wirkung als positives Signal für steigende Kreditkosten für Privatunternehmen und Immobilieninvestoren, die derzeit aufgrund der Inflationsrate reale Kapitalkosten von beinahe Null haben, scheint geglückt. In den nächsten Monaten dürften weitere Zinsschritte folgen. Problematisch könnte da-